



DIGITALER RECHTSPRECHUNGS-KOMMENTAR MONATSÜBERSICHT MAI 2022, AUSGABE 132

Exakt und präzise kommentieren renommierte Expertinnen
und Experten die aktuelle Rechtsprechung.

ARBEITSRECHT

Arbeitsvertrag - Ferienlohn

Gerhard Hauser

Der Kläger arbeitete jahrelang als Fahrer einer privaten Firma, die im Auftrag von vielen Freiburger Gemeinden die Kehrrichtabfuhr betreibt. Er war im Stundenlohn bezahlt, Ferien unbegriffen. Die Klage auf nachträgliche Auszahlung des Ferienlohns lehnt das Bundesgericht mit Bezug auf einen bisher sehr singulären Entscheid (4C.90/2003) ab.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_31/2021](#) vom 30. März 2022
Publiziert am 31. Mai 2022

Kündigung in der Probezeit

Gerhard Hauser

Das Bundesverwaltungsgericht hält in einem aktuellen Entscheid ausdrücklich fest, dass auch eine Kündigung in der Probezeit begründet sein muss, auch wenn die Anforderungen an die Begründung nicht streng sind. Auch sind die rechtsstaatlichen Grundsätze einzuhalten, insbesondere das rechtliche Gehör zu gewähren.

Kommentar zu: Urteil des Bundesverwaltungsgerichts [A-3757/2020](#) vom 16. März 2021
Publiziert am 31. Mai 2022

AUSSLÄNDERRECHT

Altrechtliche Verwarnung und Rückstufung der Niederlassungsbewilligung Bemerkungen zum Urteil des Bundesgerichts [2C_48/2021](#) vom 16. Februar 2022

Marco Weiss

Damit eine Niederlassungsbewilligung aufgrund von Art. 63 Abs. 2 AIG wegen eines dauerhaften und erheblichen Sozialhilfebezugs widerrufen werden kann, hat die betroffene sozialhilfebeziehende Person grundsätzlich vorgängig ausländerrechtlich verwarnt zu werden. Die Rückstufung nach Art. 63 Abs. 2 AIG muss nach der Rechtsprechung überdies an ein aktuelles Integrationsdefizit von einem gewissen Gewicht anknüpfen, weshalb die Ausländerbehörden die Rückstufung im Wesentlichen auf Sachverhalte abstützen müssen, die sich nach dem 1. Januar 2019 zugetragen haben bzw. nach diesem Datum weiterdauern.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [2C_48/2021](#) vom 16. Februar 2022
Publiziert am 31. Mai 2022

ERBRECHT

Das (Bar-)Vermächtnis als Solidarschuld der Erben

Felix Horat

Das Bundesgericht bestätigt seine Rechtsprechung, wonach die Erben - in analoger Anwendung

von Art. 603 Abs. 1 ZGB - für die Ausrichtung eines Vermächtnisses solidarisch haften und demnach jedenfalls bei einer auf eine Geldforderung lautenden Vermächtnisklage keine notwendige passive Streitgenossenschaft bilden.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [5A_69/2021](#) vom 07. Januar 2022
Publiziert am 25. Mai 2022



SACHENRECHT

Ausweitung einer Wegrechtsdienstbarkeit ohne Zustimmung der Belasteten

Philipp Eberhard

Im Zuge einer Parzellierung wurden drei Grundstücke einer im Kanton Wallis gelegenen Gemeinde vereinigt. Dabei wurde das Fuss- und Fahrwegrecht an einer Strasse, welches bislang nur auf einem der drei Grundstücke eingetragen war, auf der vereinigten Liegenschaft eingetragen. Die von der Dienstbarkeit belasteten Grundeigentümer klagten auf (Teil-)Löschung der ihrer Meinung nach ungerechtfertigten Übertragung bzw. Ausweitung der Dienstbarkeit auf die ganze Fläche der vereinigten Liegenschaft. Das Bundesgericht heisst die Beschwerde teilweise gut.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [5A_1044/2020](#) vom 15. Oktober 2021
Publiziert am 11. Mai 2022

VERTRAGSRECHT

Auslegung einer Abtretungsvereinbarung aus Sicht eines unbeteiligten Dritten

Marina Beeler / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil [4A_36/2021](#) vom 1. November 2021 (amtlich publiziert als BGE 148 III 11) entschied das Bundesgericht unter anderem, dass für die genügende Bestimmbarkeit einer Abtretungsvereinbarung ausschlaggebend sei, ob für einen unbeteiligten Dritten ohne Kenntnis der Umstände der Abtretung aus der Urkunde selbst ersichtlich sei, welche Ansprüche von der Abtretungsvereinbarung erfasst seien.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_36/2021](#) vom 01. November 2021, zur Publikation vorgesehen
Publiziert am 25. Mai 2022

Nichtige GV-Beschlüsse wegen Verletzung der GAFl-Meldepflichten

Dario Galli / Michael Kündig / Markus Vischer

In seinem Urteil [4A_295/2021](#) vom 28. März 2022 schützte das Bundesgericht das Urteil des Handelsgerichts des Kantons Zürich, das die Beschlüsse einer Universalversammlung als nichtig qualifiziert hatte, weil der «Alleinaktionär» seine Meldepflichten gemäss Art. 697i f. aOR nicht erfüllt hatte. Dabei hielt das Bundesgericht fest, dass meldepflichtige Aktionäre ihre GAFl-Meldungen dem Verwaltungsrat erstatten müssen und diese von der Generalversammlung, an der das einzige Verwaltungsratsmitglied nicht teilnimmt, nicht gültig entgegengenommen werden können.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_295/2021](#) vom 28. März 2022
Publiziert am 12. Mai 2022

Betriebskauf: keine Übervorteilung der Verkäuferin

Maximilian Schwarzenberger / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil 4A_254/2020 vom 22. Juli 2020 beschäftigte sich das Bundesgericht im Zusammenhang mit einem Betriebskauf (Asset Deal) mit den Voraussetzungen der Übervorteilung (Art. 21 OR). Es bejahte zwar, dass zwischen dem Kaufpreis und dem Kaufgegenstand ein offenkundiges Missverhältnis vorliegt. Allerdings verneinte das Bundesgericht das Vorhandensein einer Notlage oder Unerfahrenheit der Verkäuferin.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts 4A_254/2020 vom 22. Juli 2020
Publiziert am 11. Mai 2022

Die aktuellsten juristischen Neuigkeiten werden Ihnen in den Blogs kompakt zusammengefasst.

ARBEITSRECHT

Mobbing im öffentlichen Dienstrecht

Nicolas Facincani / Seline Wissler

La responsabilité de l'Etat en cas de défaut d'annonce à l'institution de prévoyance professionnelle

Tobias Sievert



ASYLRECHT

Primauté d'application de la LAsi sur les dispositions pénales de la LEI en cas de décision de renvoi exécutoire : sanctions et principe de la légalité

Camille Montavon

BAU- UND IMMOBILIENRECHT

Le plan d'aménagement détaillé cantonal « Innovationspark Zürich »

Tobias Sievert

IMMATERIALGÜTERRECHT

Valser (fig.) / Valser Bier - Das Original Bernstein Oberbräu

Nicolas Guyot

ÖFFENTLICHES VERFAHRENSRECHT UND VERWALTUNGSRECHT

La publication des avis d'enquête et des autorisations de construire en matière de résidences secondaires (art. 20 LRS et 12b LPN)

Tobias Sievert

STEUERRECHT

Une restructuration fiscalement neutre propre aux institutions de prévoyance
Aurelien Barakat

STRAFRECHT

Une publication des Jeunes UDC bernois sur les « Tziganes étrangers » constitutive de discrimination raciale

Quentin Cuendet

Suicide en détention provisoire : poursuite pénale des policiers pour homicide par négligence

Mona Rhouma

Juge dans la procédure simplifiée qui échoue, puis dans la procédure ordinaire : pas un motif de récusation en principe

Kastriot Lubishtani

Assistance au suicide : un médecin ayant prescrit du pentobarbital à une patiente en bonne santé et ne souffrant d'aucune maladie ne peut être condamné pour violation de la LPTH

Laura Ces

Procédure de scellés, copie-miroir des données et inexploitabilité des preuves

Alexandre Guisan

Tardiveté du recours contre une ordonnance d'établissement d'un profil ADN

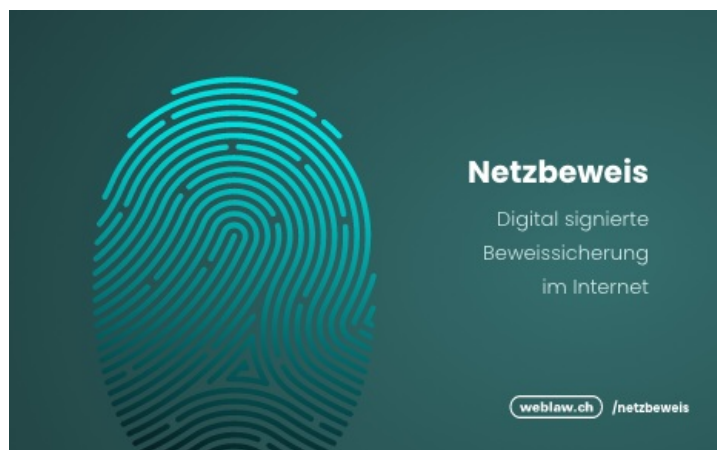
Sandy Ferreira Panzetta

Reformatio in pejus : la mesure ambulatoire prononcée en procédure d'appel

Elena Turrini

Le complément d'une expertise en cas de doutes sérieux et l'exploitation de la dépendance (art. 192 CP)

Camille de Salis



VERTRAGSRECHT

L'achat de produits structurés sans autorisation préalable du client

Yannick Caballero Cuevas

ZIVILPROZESSRECHT

Les novas improprement dits basés sur des faits notoires

Camille de Salis

Fraud, procès pénal et suspension de la procédure civile

Marie de Gottrau

Materielle Rechtskraft eine Forderungsverfahrens

Martin Rauber

Unbezahlte Forderungsklage, Voraussetzungen müssen in der Klagebegründung dargelegt werden

Martin Rauber

EDITIONS WEBLAW

Der dRSK umfasst Rechtsprechungskommentare von über 100 Spezialisten auf mehr als 30 Rechtsgebieten. Die Expertenkommentierungen durchlaufen ein internes Peer Review anhand einer renommierten Redaktion, welches einen hohen Qualitätsstandard gewährleistet.

Neben den Expertenkommentierungen sind im dRSK Blog-Beiträge enthalten. Für die Inhalte dieser Beiträge zeichnen die Verfasser und Inhaber der Blogs verantwortlich - [Liste der Blogs](#)

Der dRSK wird separat und als Teil des Informations- und Rechercheportals Push-Service Entscheide angeboten. Die Besprechungen sind über einen Zitiervorschlag und Randziffern zitierfähig.

Statistik:

Abonnentinnen und Abonnenten "digitaler Rechtsprechungs-Kommentar (dRSK)": 10615

Information und Impressum:

info@weblaw.ch | T +41 31 380 57 77

ISSN 1663-9995, Editions Weblaw.

Abmeldungen und Adress-Änderungen: Login unter <https://register.weblaw.ch>. Unter dem Navigationspunkt «Profildaten bearbeiten» und folgend «E-Mail Adressen» können Sie die Monatsübersicht zum dRSK abbestellen bzw. Adress-Änderungen vornehmen.

Bitte antworten Sie nicht auf diese E-Mail, sondern benutzen Sie die oben erwähnten Kontaktinformationen.

<https://drsk.weblaw.ch>



Weblaw AG | Schwarztorstrasse 22 | 3007 Bern
T +41 31 380 57 77 | F +41 31 380 57 78 | info@weblaw.ch

